

Flygtningenævnets baggrundsmateriale

Bilagsnr.:	530
Land:	Sudan
Kilde:	ACCORD
Titel:	Wirtschaftliche Lage, insbesondere von Binnenflüchtlingen und RückkehrerInnen; Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage und das Gesundheitssystem (Economic situation, especially of internally displaced persons and returnees; effects of the corona pandemic on the economic situation and the health system)
Udgivet:	27. januar 2021
Optaget på baggrundsmaterialet:	1. juni 2021

ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin & Asylum Research and Documentation

Anfragebeantwortung zu Sudan: Wirtschaftliche Lage, insbesondere von Binnenflüchtlingen und RückkehrerInnen; Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage und das Gesundheitssystem [a-11472-2]

27. Jänner 2021

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Dieses Produkt stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

Kurzbeschreibungen zu den in dieser Anfragebeantwortung verwendeten Quellen sowie Ausschnitte mit Informationen aus diesen Quellen finden Sie im Anhang.

Wirtschaftliche Lage, insbesondere von Binnenflüchtlingen und RückkehrerInnen

Es konnten nur wenige Informationen konkret zu Binnenvertriebenen oder RückkehrerInnen gefunden werden. Daher enthalten die folgenden Quellen auch Informationen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, sowohl in Khartum als auch in Darfur.

Mehrere Quellen berichten, dass der Sudan derzeit von einer Wirtschaftskrise, Nahrungsmittelunsicherheit, sowie den Auswirkungen von schweren Überschwemmungen betroffen sei. (UN Security Council, 1. Dezember 2020, S. 7; ACAPS, 24. November 2020, S. 1; IRC, 15. Dezember 2020, S. 53-54) Ein Bericht zu Entwicklungen bezüglich der Hybridmission der Afrikanischen Union und der UNO in Darfur vom November 2020 bezeichnet die Region Darfur als die ärmste des Landes und fügt hinzu, dass sie besonders von Inflation, Treibstoffmangel und Mangel weiterer Güter betroffen sei (UN Security Council, 13. November 2020, S. 1).

In einem Bericht des UNO-Generalsekretärs an den UNO-Sicherheitsrat zur Lage im Sudan im Zeitraum September bis November 2020 wird erwähnt, dass die humanitären Bedürfnisse aufgrund der Wirtschaftskrise, Nahrungsmittelunsicherheit, schweren Überflutungen, Ausbrüchen von Krankheiten, Gewalt zwischen den Gemeinschaften und andauernder Vertreibung weiterhin angestiegen seien. Eine bisher unerreichte Anzahl von Menschen habe im Zeitraum von Juni bis September 2020 dringend humanitäre Unterstützung bei Nahrungs- und Existenzsicherung benötigt. Geschätzt 9,6 Millionen Menschen – etwa 21 Prozent der Bevölkerung – seien akuter Ernährungsunsicherheit auf Krisenniveau oder noch schlimmer ausgesetzt gewesen. Seit Beginn des Jahres 2020 hätten mehr als acht Millionen Menschen humanitäre Unterstützung in irgendeiner Form erhalten. Im ganzen Land seien es im Zeitraum Juli bis September 2020 etwa 3,68 Millionen gewesen. Humanitäre Hilfe richte sich nicht an die 15,9 Millionen Menschen, die einen minimal-adäquaten Nahrungsmittelkonsum hätten aber darüber hinaus nicht in der Lage seien, sich andere essenzielle Güter zu kaufen, ohne dabei auf schädliche Überlebensstrategien zurückzugreifen. Laut Ausblick des UNO-Generalsekretärs werde sich diese Lage wahrscheinlich weiter verschärfen, da die Wirtschaftskrise weiter andauere und Reformen durchgeführt worden seien, darunter die Abschaffung der Kraftstoffsubventionen im Oktober 2020. Andererseits sei die erste Finanzierungsrunde für das Sudanese Familienunterstützungsprogramm (Sudan Family Support Programme) genehmigt worden, das sich an 11,8 Millionen Menschen in den Bundesstaaten Khartum, Red Sea, Süddarfur und Kassala richte. Das Programm sehe vor, jeder dieser Personen sechs Monate lang täglich 5 US-Dollar zu zahlen. (UN Security Council, 1. Dezember 2020, S. 7-8)

In einem auf der Homepage des World Food Programme (WFP) im Mai 2020 veröffentlichten Artikel wird das oben angesprochene Sudan Family Support Programme vorgestellt. Die sudanesishe Regierung habe darüber mit dem WFP der Vereinten Nationen eine Absichtserklärung unterzeichnet. Laut dem sudanesischen Finanzminister handle es sich dabei um direkte Geldtransfers an etwa 80 Prozent aller sudanesischen Familien, um sie während der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Umstände zu unterstützen. Laut Schätzungen der sudanesischen Regierung würden 65 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Die bereits kritische Situation im Hinblick auf Nahrungsmittelsicherheit werde durch die sozioökonomischen Auswirkungen der COVID 19-Pandemie noch verstärkt. (WFP, 30. Mai 2020)

Das Assessment Capacities Project (ACAPS) veröffentlicht im November 2020 einen Überblick zur humanitären Lage im Sudan, in dem erwähnt wird, dass aufgrund von politischer und wirtschaftlicher Instabilität, Konflikten, mit dem Klimawandel in Verbindung stehenden schweren Dürren und Überschwemmungen, Krankheiten sowie aus den Nachbarstaaten kommenden Flüchtlingen die Armut und die Nahrungsmittelsicherheit angestiegen seien und es mehr Binnenvertreibung gegeben habe. Hinzu seien 30.000 Flüchtlinge gekommen, die vor der Krise in Äthiopien geflohen seien. Der Preis von Grundnahrungsmitteln, darunter Brot und Zucker, seien im August um 50 Prozent gestiegen und bei Überschwemmungen seien seit Juli 2,2 Millionen Hektar Agrarfläche, 108.000 Stück Vieh und 1,1 Millionen Tonnen Korn zerstört worden. Mehr als 1,3 Millionen Menschen, die von Konflikt, Überflutungen und wirtschaftlichem Niedergang betroffen seien, würden Notunterkünfte und Gebrauchsartikel („non-food items“) benötigen. Binnenflüchtlinge und RückkehrerInnen seien in Ermangelung von adäquater Unterstützung im Hinblick auf Unterkünfte besonders anfällig für Probleme in Zusammenhang mit Schutz und Gesundheit. Die jüngsten Überflutungen hätten geschätzt etwa 175.000 Häuser komplett zerstört und 92.556 Häuser seien teilweise beschädigt worden. (ACAPS, 24. November 2020, S. 1-3)

Das Famine Early Warning Systems Network (FEWS) schreibt in einem Ausblick zu Nahrungsmittelsicherheit vom Dezember 2020, dass der Sudan weiterhin überdurchschnittlich viel humanitäre Hilfe benötigen werde, da die Wirtschaftskrise andauere, äthiopische Flüchtlinge aus Tigray ins Land gekommen seien und es im Zuge einer zweiten Welle von COVID 19-Infektionen gestiegene gesundheitliche Bedürfnisse gebe. Obwohl die Ernte die Nahrungsmittelsicherheit in armen ländlichen Haushalten verbessere, bleibe die Anzahl der Haushalte, deren Nahrungsversorgung kritisch sei oder die akuter Nahrungsmittelsicherheit ausgesetzt seien, weiterhin hoch, insbesondere unter Binnenvertriebenen, RückkehrerInnen und armen urbanen Haushalten. Die extrem hohen Nahrungsmittelpreise und die unterdurchschnittliche Kaufkraft der Haushalte würden bis Mai 2021 weiterhin zu überdurchschnittlichen humanitären Bedürfnissen führen. (FEWS, Dezember 2020)

UN OCHA schreibt in einem Update zur humanitären Lage im Sudan vom Jänner 2021, dass die Inflation im Sudan weiterhin rasant ansteige und somit die Kaufkraft von tausenden vulnerablen Personen erodiere. Laut Angaben der zentralen Statistikbehörde habe die Inflation im Jahr 2020 durchschnittlich bei 163 Prozent gelegen im Vergleich zum Jahr 2019 mit 51 Prozent. Laut Angaben von Marktstudien des World Food Programmes vom Dezember 2020 sei im Vergleich zum Dezember 2019 der Preis eines Lebensmittelkorbes um 261 Prozent angestiegen. Laut dem von UN OCHA veröffentlichten Ausblick auf die humanitäre Lage im Jahr 2021 werde geschätzt, dass etwa 13,4 Millionen Menschen (mehr als ein Viertel der Bevölkerung) humanitäre Unterstützung im Jahr 2021 benötigen würden. (UN OCHA, 17. Jänner 2021, S. 3)

Khartum

Radio Dabanga berichtet im Jänner 2021, dass nach der Rücknahme der US-Sanktionen gegen den Sudan im Dezember 2020 die Kaufkraft der Haushalte weiterhin zurückgehe. Die Kursanstiege harter Währungen zusammen mit dem 400-prozentigen Preisanstieg von Treibstoffen im Oktober 2020 und dem 500-prozentigen Anstieg der Strompreise hätten zu kontinuierlich steigenden Preisen von Konsumgütern geführt. Eine sudanesishe Zeitung habe über einen Anstieg von Nahrungsmittelpreisen um 15-20 Prozent innerhalb von zwei Wochen auf Märkten in Khartum berichtet. Die Händler würden hohe Wechselkurse für die Preisanstiege verantwortlich machen. (Radio Dabanga, 16. Jänner 2021)

Im Juni 2020 veröffentlicht das EASO eine Anfragebeantwortung zur Lage nicht-arabischer Personen aus Darfur in der Hauptstadt Khartum, die unter anderem auch auf deren sozioökonomische Lage eingeht. Laut der Anfragebeantwortung konnten keine oder nur sehr wenige Informationen zu deren Lebensbedingungen gefunden werden. Einem Bericht der niederländischen Regierung vom Oktober 2019 zufolge sei die Zahl der in Khartum lebenden Binnenvertriebenen nicht bekannt. 2018 habe das UK Home Office eine Fact-Finding-Mission nach Khartum unternommen, der zufolge nicht-arabische Personen aus Darfur eher in Barackensiedlungen („shanty towns“) am Rande der Stadt leben und einfache Arbeiten verrichten würden, um zu überleben. Einer weiteren Quelle von 2018 zufolge würden mehr als 50 Prozent der Einwohner von Khartum in informellen Siedlungen am Rande der Stadt oder in Vierteln leben, in denen es keine grundlegende Infrastruktur gebe. Laut einem Bericht von Al-Jazeera Vom August 2019 habe ein Fünftel aller Personen im arbeitsfähigen Alter keine Arbeit gehabt. Eine weitere Quelle vom November 2019 habe geschätzt, dass die Hälfte der Bevölkerung

arbeitslos sei. Im Dezember 2019 sei die steigende Inflation als kontinuierliches Problem gemeldet worden. Im April 2020 sei über steigende Arbeitslosigkeit und Inflation im Sudan berichtet worden. UN OCHA habe im Jänner 2020 berichtet, dass aufgrund der kontinuierlichen Wirtschaftskrise Menschen in urbanen Gebieten wie Khartum zunehmend Schwierigkeiten hätten, mit der Situation umzugehen. Der Zugang zu Dienstleistungen variere in Khartum stark von Viertel zu Viertel und sei in manchen Vierteln gar nicht gegeben. Etwa 793.000 Menschen in Khartum seien eine Stufe vor „akuter Nahrungsmittelunsicherheit. (EASO, 16. Juni 2020, S. 2-3)

Ältere Informationen zur Lage von Binnenvertriebenen in Khartum und Omdurman finden sich in folgendem Bericht des Asylum Research Centre (ARC) vom Februar 2020. Laut dem Bericht konnten keine Informationen zu den Lebensbedingungen von RückkehrerInnen gefunden werden:

- ARC – Asylum Research Centre: Sudan: Query Response: The situation in Khartoum and Omdurman – An update (3rd version), 5 Februar 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2024080/ARC_COI_Report_on_Khartoum-Omdurman_February_2020.pdf

Darfur

Es konnten keine Informationen zur wirtschaftlichen Lage von RückkehrerInnen gefunden werden. Den folgenden Quellen zufolge finde aufgrund der komplexen Sicherheitslage Rückkehr nur vereinzelt und nicht dauerhaft statt.

Der Bericht zu Entwicklungen bezüglich der Hybridmission der Afrikanischen Union und der UNO in Darfur (UNAMID) vom November 2020 erwähnt, dass Beratungen mit UNAMID, humanitären Partnern, ExpertInnen und Quellen vor Ort ergeben hätten, dass die Einsamlungsaktion von Waffen, die von der Regierung 2017 und 2018 durchgeführt worden sei, die Sicherheitslage in urbanen Regionen in gewissem Maße verbessert und zur freiwilligen Rückkehr von Binnenvertriebenen geführt habe. Jedoch habe es sich hier nicht um eine dauerhafte Rückkehr gehandelt, da viele RückkehrerInnen nur zurück zu ihren Farmen gegangen seien, um Nutzpflanzen anzubauen und zu ernten, sie seien nicht dauerhaft dort geblieben. Gleichzeitig hätten sich manche Nomaden entschlossen, sich in anderen Regionen niederzulassen und hätten dies teilweise an Orten getan, aus denen die Binnenvertriebenen ursprünglich stammen würden. Dies habe zu einem Anstieg von Konflikten um Land geführt, die 2019 in offene Gewalt umgeschlagen seien, als Sicherheitskräfte als Reaktion auf die politischen Entwicklungen nach Khartum abgezogen worden seien. (UN Security Council, 13. November 2020, S. 6)

Der Endbericht der Sachverständigengruppe zum Sudan vom Jänner 2020 beschreibt eine ähnliche Lage. In manchen Gemeinschaften in Darfur sei die Lage relativ stabil gewesen und es habe insbesondere in Nord-Darfur RückkehrerInnen gegeben. Jedoch seien die eigentlichen Ursachen des Konflikts in Darfur weiterhin präsent, darunter Bedrohung der Sicherheit, Konflikte wegen Landbesitz und Konkurrenz um knappe Ressourcen, und sie würden in den meisten Regionen Darfurs einen beträchtlichen Anteil von Binnenvertriebenen an der Rückkehr hindern. Die volatile Lage habe zu einem Zyklus der versuchten Rückkehr in die angestammten Häuser und der hastigen Umkehr geführt, bei der einzelne Personen in ein Binnenvertriebenenlager zurückkehren oder erneut vertrieben würden. Für Gemeinschaften von Binnenvertriebenen, die bereits mit zurückgehenden Nahrungsrationen und eingeschränkter humanitärer Unterstützung konfrontiert seien, verschlimmere sich dadurch die Situation zusätzlich, da Einkommens- und Lebensunterhaltsquellen betroffen seien. (UN Security Council, 14. Jänner 2020, S. 33)

Weitere Informationen zur Lage von IDPs in Darfur, die sich vornehmlich auf die Sicherheitslage dieser Personen beziehen, finden sich in den folgenden EASO-Anfragebeantwortungen vom 1. Juli 2020 (S. 4-7) und deren Aktualisierung vom 13. Oktober 2020 (S. 9-10)

- EASO – European Asylum Support Office: IDPs in Darfur and the Two Areas [Q15-2020], 1. Juli 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2032475/2020_06_Q15_EASO_COI_Query_Response_Sudan_IDPs_in_Darfur_and_The_Two_Areas.pdf
- EASO – European Asylum Support Office: Displacement situation in Darfur and the Two Areas - Update, 13. Oktober 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2039100/2020_10_Q25_EASO_COI_Query_Response_Q25_Sudan_Displacement_situation_in_Darfur_and_the_Two_Areas_update.pdf

Ältere Informationen zur Lage in Bezug auf Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen in Darfur für Binnenvertriebene (S. 102-107) und für RückkehrerInnen (S. 112-115) finden sich in folgendem Bericht des Asylum Research Centre (ARC) vom Jänner 2020:

- ARC – Asylum Research Centre: Sudan: Country Report; Updated Country Report on Darfur, Jänner 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2022861/ARC_Darfur_country_report_January_2020_final.pdf

Der Bericht des UNO-Generalsekretärs an den UNO-Sicherheitsrat zur Lage im Sudan im Zeitraum September bis November 2020 beschreibt, dass sich die wirtschaftliche Lage im Beobachtungszeitraum weiter verschlechtert habe. Durch die aufgrund der Pandemie verfüigten Lockdowns sei die Wirtschaftsleistung extrem zurückgegangen und der Staat habe ungefähr 42 Prozent seiner Einnahmen verloren. In urbanen Regionen habe sich die Pandemie zudem negativ auf den großen informellen Sektor ausgewirkt und die prekäre Lage von TagelöhnerInnen, darunter insbesondere Frauen, verschärft, die mit Armut konfrontiert seien. Im September hätten die Behörden den wirtschaftlichen Notstand ausgerufen. Es sei während des Berichtszeitraums zu Demonstrationen gegen die schlechte wirtschaftliche Lage gekommen. Da sich ständig Warteschlangen für Brot, Treibstoff und Gas zum Kochen bilden würden, hätten sogenannte Widerstandskomitees die Eskalation von Protesten angekündigt. Es sei unter anderem in den Bundesstaaten Khartum, Red Sea, Al-Gazira, Gedaref, Süd-Kordofan und Nord-Darfur zu Demonstrationen gekommen, bei denen der Rücktritt des Handelsministers gefordert worden sei, der für die Engpässe verantwortlich gemacht worden sei. (UN Security Council, 1. Dezember 2020, S. 5)

Laut der Übersicht von ACAPS vom November 2020 habe der Ausbruch von COVID-19 das bereits belastete Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen gestellt. Der Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten sei dramatisch zurückgegangen, darunter der Zugang zu Immunisierungsprogrammen, Gesundheitsversorgung von Müttern und Behandlung von Mangelernährung. Mit dem Stand 11. November 2020 habe es 15.839 bestätigte COVID 19-Fälle und 1.193 Todesfälle gegeben. 70 Prozent aller COVID 19-Fälle seien im Bundesstaat Khartum registriert worden, wo die höchste Bevölkerungsdichte im Land herrsche. 60 Prozent aller mit COVID 19 in Verbindung stehenden Todesfälle hätten sich jedoch außerhalb der Hauptstadt ereignet. Apotheken hätten Engpässe bei Medikamenten gemeldet und Krankenhäuser seien nicht hinreichend ausgestattet. Etwa 3.200 Gesundheitszentren seien bei den Überschwemmungen beschädigt oder in einen nicht funktionsfähigen Zustand gebracht worden und hätten somit in Gemeinschaften die grundlegenden Dienste beeinträchtigt, darunter insbesondere in Nord-Darfur, Khartum, West-Darfur und Sennar. Während des Jahres 2020 seien die Kosten von Gesundheitsdiensten um 90 Prozent angestiegen und mit Stand September 2020 seien lediglich 57 Prozent aller lebenswichtigen Notfallmedikamente verfügbar gewesen. Etwa 81 Prozent der SudaneseInnen habe keinen Zugang zu einem in Betrieb befindlichen Gesundheitszentrum, das innerhalb von zwei Stunden erreichbar sei. Viele Kliniken seien aufgrund mangelnder Finanzmittel, medizinischer Ausstattung und Personal während der Corona-Pandemie gezwungen zu schließen. Geschätzt 8,6 Millionen Menschen würden lebensrettende oder lebenserhaltende Gesundheitsdienste benötigen. (ACAPS, 24. November 2020, S. 3-4)

Das International Rescue Committee (IRC) prognostiziert in einem Bericht vom Dezember 2020, dass die COVID 19-Pandemie die Möglichkeiten der Regierung einschränken werde, etwas gegen die sich verschärfende Wirtschaftskrise zu unternehmen, die bereits jetzt zu einem bisher unerreichten Niveau von Nahrungsmittelunsicherheit führe. Laut UN OCHA sei der Preis eines Lebensmittelkorbes im Jahr 2020 um 200 Prozent angestiegen, und das in einem Land, in dem bereits vor der Pandemie 90 Prozent der Familien fast ihr ganzes Einkommen für Lebensmittel ausgegeben hätten. Die USA hätten im Oktober 2020 angekündigt, den Sudan von der Liste der Unterstützer des Terrors zu streichen, was finanziellen Investitionen und einen Schuldenerlass ermöglichen könnte. (IRC, 15. Dezember 2020, S. 54)

Radio Dabanga meldet im Jänner 2021, dass sich die Gesamtzahl der seit Beginn der Pandemie im Land registrierten COVID 19-Fälle auf über 23.000 belaufe. Im Zeitraum vom 4. Bis 9. Jänner seien speziell im Bundesstaat Khartum 470 neue PatientInnen registriert worden. Saudi-Arabien habe 50 Tonnen medizinischer Ausrüstung geschickt, darunter Beatmungsgeräte und Medikamente, um die Bekämpfung der Pandemie im Sudan zu unterstützen. (Radio Dabanga, 20. Jänner 2021)

Quellen: (Zugriff auf alle Quellen am 27. Jänner 2021)

- ACAPS - Assessment Capacities Project: ACAPS Briefing Note: Sudan: Humanitarian impact of multiple protracted crises (24 November 2020), 24. November 2020 (veröffentlicht von ReliefWeb) https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20201124_acaps_briefing_note_sudan_impact_of_multiple_crises.pdf
- ARC – Asylum Research Centre: Sudan: Country Report; Updated Country Report on Darfur, Jänner 2020 https://www.ecoi.net/en/file/local/2022861/ARC_Darfur_country_report_January_2020_final.pdf
- ARC – Asylum Research Centre: Sudan: Query Response: The situation in Khartoum and Omdurman – An update (3rd version), 5. Februar 2020 https://www.ecoi.net/en/file/local/2024080/ARC_COI_Report_on_Khartoum-Omdurman_February_2020.pdf

- EASO – European Asylum Support Office: COI Query Sudan: Non-Arab Darfuris in Khartoum, 16. Juni 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2031655/2020_06_Q11_EASO_COI_Query_Response_Sudan_non_Arab_Darfuris.pdf
- EASO – European Asylum Support Office: IDPs in Darfur and the Two Areas [Q15-2020], 1. Juli 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2032475/2020_06_Q15_EASO_COI_Query_Response_Sudan_IDPs_in_Darfur_and_The_Two_Areas.pdf
- EASO – European Asylum Support Office: Displacement situation in Darfur and the Two Areas - Update, 13. Oktober 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2039100/2020_10_Q25_EASO_COI_Query_Response_Q25_Sudan_Displacement_situation_in_Darfur_and_the_Two_Areas_update.pdf
- FEWS – Famine Early Warning Systems Network: Sorghum and millet prices atypically continue to increase during the main harvest season, Dezember 2020
<https://fews.net/east-africa/sudan/food-security-outlook-update/december-2020>
- IRC – International Rescue Committee: IRC Watchlist 2021, 15. Dezember 2020
<https://www.rescue.org/sites/default/files/document/5481/2021emergencywatchlistirc.pdf>
- Radio Dabanga: Purchasing power continues to weaken in Sudan, 16. Jänner 2021
<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/purchasing-power-continues-to-weaken-in-sudan>
- Radio Dabanga: More than 23,000 COVID-19 cases recorded in Sudan since start of pandemic, 20. Jänner 2021
<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/more-than-23-000-covid-19-cases-recorded-in-sudan-since-start-of-pandemic>
- UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Sudan Situation Report, Last updated: 17 Jan 2021, 17. Jänner 2021 (verfügbar auf Reliefweb)
<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Situation%20Report%20-%20Sudan%20-%2017%20Jan%202021.pdf>
- UN Security Council: Letter dated 10 January 2019 from the Panel of Experts on the Sudan established pursuant to resolution 1591 (2005) addressed to the President of the Security Council [S/2020/36], 14. Jänner 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2023162/S_2020_36_E.pdf
- UN Security Council: Special Report of the Chairperson of the African Union Commission and the Secretary-General of the United Nations on the African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur and a follow-on presence [S/2020/1115], 13. November 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2041336/S_2020_1115_E.pdf
- UN Security Council: Report of the Secretary-General on the situation in the Sudan and the activities of the United Nations Integrated Transition Assistance Mission in the Sudan [S/2020/1155], 1. Dezember 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2041955/S_2020_1155_E.pdf
- WFP – World Food Programme: Sudan government and WFP sign agreement on Sudan family support programme, 30. Mai 2020
<https://www.wfp.org/news/sudan-government-and-wfp-sign-agreement-sudan-family-support-programme>
-

Anhang: Quellenbeschreibungen und Informationen aus ausgewählten Quellen

Das Assessment Capacities Project (ACAPS) ist eine von einem Konsortium aus drei NGOs gegründete Initiative mit Sitz in Genf, die Bedarfsanalysen für humanitäre Entscheidungsträger erstellt.

- ACAPS - Assessment Capacities Project: ACAPS Briefing Note: Sudan: Humanitarian impact of multiple protracted crises (24 November 2020), 24. November 2020 (veröffentlicht von ReliefWeb)
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20201124_acaps_briefing_note_sudan_impact_of_multiple_crises.pdf

„Sudan is affected by a combination of political and economic instability, conflict, climate change-related shocks including heavy flooding and severe drought, endemics, and an influx of refugees from neighbouring countries. These factors have contributed to heightened poverty, increased population displacement, and food insecurity (FAO 12/10/2020). Sudan is also hosting an additional 30,000 refugees fleeing the crisis in Ethiopia. This will likely require further capacity and resources from the Sudanese government and international organisations, to deliver assistance both to the newly arrived refugees and the people affected by the protracted crises in Sudan. In 2020, Sudan's economy – which had been in crisis since 2018 – suffered a sharp decline. The economic crisis, combined with unprecedented flooding and the depletion of state resources due to the economic crisis, resulted in an estimated 9.6 million people facing Crisis (IPC Phase 3) and above levels of food insecurity. This was a 65% increase from the same period last year (June to September 2019), and the highest number ever recorded.” (ACAPS, 24. November 2020, S. 1)

„The price of food staples, such as bread and sugar, increased by 50% in August, preventing general access to food for poor households and hampering humanitarian assistance. Flooding since July has destroyed 2.2 million hectares of cultivated land. An additional 108,000 heads of livestock and 1.1 million metric tons of grain were lost.” (ACAPS, 24. November 2020, S. 3)

„The arrival of COVID-19 has posed new challenges for the already stressed health system, resulting in a dramatic drop in the reach of basic health services, including immunisation programmes, maternal healthcare, and treatment for malnutrition (OCHA 30/09/2020). COVID-19 virus transmission has continued, with 15,839 confirmed cases and 1,193 deaths as of 11 November (WHO 23/11/2020). 70% of all COVID-19 confirmed cases are in Khartoum state where population density is the highest in the country, although over 60% of all COVID-19-re-lated deaths have occurred outside of the capital (OCHA 01/11/2020; OCHA 05/2020). [...] Pharmacies have been reporting shortages of medicine, and many hospitals lack adequate equipment (Al Jazeera 10/09/2020). Around 3,200 health centres were damaged or rendered non-functional by the recent floods, compromising essential services to communities, especially in North Darfur, Khartoum, West Darfur, and Sennar (UNFPA 06/10/2020; OCHA 24/09/2020; UN News 02/10/2020). During 2020, the cost of health services increased by 90% and only 57% of essential emergency medicines were available by September (OCHA 30/09/2020). Approximately 81% of the Sudanese population do not have access to a functional health centre within two hours of their home. Many clinics are being forced to close during the COVID-19 pandemic because of lack of funds, medical supplies, and staff (OCHA 27/09/2020; Dabanga 04/06/2020). An estimated 8.6 million people are in need of lifesaving and life-sustaining health assistance (Health Cluster/WHO 08/10/2020; OCHA 23/11/2020).” (ACAPS, 24. November 2020, S. 3-4)

„More than 1.3 million people who have been affected by conflict, floods, and the economic decline are in need of emergency shelter and non-food items (Shelter Cluster 30/09/2020). IDPs and returnees – including pregnant and lactating women, the elderly, people with disabilities, and unaccompanied minors – are particularly vulnerable to protection and health challenges in the absence of adequate shelter assistance (Shelter Cluster 30/09/2020). The recent floods completely destroyed an estimated 175,000 houses and 92,556 houses were partially damaged (IFRC 15/10/2020; Humanitarian Response 12/10/2020). People affected by the floods are not only in need of shelter but also construction material to repair or rebuild their homes (OCHA 08/10/2020).” (ACAPS, 24. November 2020, S. 4)

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) ist eine Agentur der Europäischen Union zur Förderung der praktischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Asylbereich.

• EASO – European Asylum Support Office: COI Query Sudan: Non-Arab Darfuris in Khartoum, 16. Juni 2020
https://www.ecoi.net/en/file/local/2031655/2020_06_Q11_EASO_COI_Query_Response_Sudan_non_Arab_Darfuris.pdf

„No or only very limited information on the living conditions and access to employment of the non-Arab Darfuris in Khartoum in the reference period could be found amongst consulted and used sources in the time constraints of this query response. The United Kingdom (UK) Home Office estimates that Darfuris make approximately 10% of Khartoum's 10 million population. A report of the Dutch government on the situation in Sudan released in October 2019 indicates that the number of 'displaced persons' living in Khartoum is not known. In 2018, the UK Home Office conducted a fact-finding mission in Khartoum and found that non-Arab Darfuris tend to live in 'shanty towns' around Khartoum and perform 'menial jobs' for survival. Other sources noted in 2018 that '[m]ore than 50 per cent of residents [of Khartoum] are living in informal settlements and squatter settlements on the outskirts of the city, or in neighbourhoods that lack basic infrastructure.' Sources indicated that informal settlements

were subjected to forced evictions and demolitions by the al-Bashir government. No information on the situation of the informal settlements in the reference period could be found amongst consulted and used sources in the time constraints of this query response.

After the change of the government in August 2019, 1 in 5 people of 'working age' did not have a job in Sudan according to a report by Al Jazeera. Another source estimated that half of the population was unemployed in Sudan in November 2019. In December 2019, rising inflation was reported to be a continuous problem in Sudan. Rising unemployment and inflation in Sudan were reported again in April 2020. In January 2020, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) stated that '[a]s the economic crisis [in Sudan] continues, people in urban areas, including Khartoum, are increasingly struggling to cope.' The same source noted that access to services 'varies widely' in different neighborhoods of Khartoum and that it can be 'non-existent'. The same source assessed that 793 000 people in Khartoum were one step on their scale before reaching 'acute food insecurity'." (EASO, 16. Juni 2020, S. 2-3)

Das Famine Early Warning Systems Network (FEWS) ist ein von der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID gegründetes Netzwerk mit Büros in 19 Ländern, das Informationen zu Nahrungsmittelunsicherheit insbesondere in Afrika zur Verfügung stellt.

- FEWS – Famine Early Warning Systems Network: Sorghum and millet prices atypically continue to increase during the main harvest season, Dezember 2020

<https://fews.net/east-africa/sudan/food-security-outlook-update/december-2020>

„Sudan will continue facing above-average emergency humanitarian assistance needs due to the persistent macroeconomic crisis, the influx of Ethiopian refugees from Tigray, and increased health needs driven by the second wave of COVID-19 infections. Although the harvest is improving food security outcomes among poor rural households, the number of households facing Crisis (IPC [Integrated Phase Classification] Phase 3) or worse acute food insecurity will remain high, particularly among IDPs, refugees, and urban poor households. The extremely high food prices and below-average household purchasing power will continue driving above-average assistance needs through May 2021." (FEWS, Dezember 2020)

Das International Rescue Committee ist eine internationale Hilfsorganisation für Opfer von Konflikten und Naturkatastrophen mit Sitz in New York City.

- IRC – International Rescue Committee: IRC Watchlist 2021, 15. Dezember 2020

<https://www.rescue.org/sites/default/files/document/5481/2021emergencywatchlistirc.pdf>

„COVID-19 will put further pressure on the fragile political transition process and hamper Khartoum's ability to address the deepening economic crisis, which is driving record levels of food insecurity. Sudan has been ruled by a transitional government since August 2019, when a power-sharing agreement was reached. COVID-19 is exacerbating the country's economic crisis, further complicating the transition and driving up humanitarian needs. Inflation rates reached 212% in September 2020, compared to 57% at the start of the year (OCHA). The price of the local food basket increased by 200% in 2020 (OCHA) in a country where 90% of families already spent most of their income on food before the pandemic (OCHA). As a result, Sudan is seeing record levels of food insecurity (WFP). The U.S. announced in October 2020 that it intends to remove Sudan from its State Sponsors of Terrorism list, which would open the door to greater financial investments and debt relief after 27 years of sitting on this list (State Department)" (IRC, 15. Dezember 2020, S. 54)

Der Sender Radio Dabanga ist ein Projekt des Radio Darfur Network, eines Zusammenschlusses von sudanesischen Journalisten und internationalen Entwicklungsorganisationen, das von Free Press Unlimited in den Niederlanden betrieben wird.

- Radio Dabanga: Purchasing power continues to weaken in Sudan, 16. Jänner 2021

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/purchasing-power-continues-to-weaken-in-sudan>

„While the Sudanese government is involved with the normalisation of relations with the international community, following USA's lifting of its economic sanctions against Sudan in December last year, the household purchasing power continues to weaken. [...]

The soaring hard currency rates, in addition to the 400 per cent increase in fuel prices three months ago and the recent 500 per cent increase in power tariffs, have led to continued increases in the prices of consumer goods. Yesterday, El Sudani newspaper reported an increase of 15-20 per cent in food prices, 'most notably sugar, milk and oils' at the markets in Khartoum in the past two weeks. Traders attribute the increase to the high exchange rates. A wholesale sugar trader at the Grand Market of Omdurman said that the number of customers

has decreased significantly, 'despite the abundance of the commodity'. He is selling a 50-kilogram sack of sugar for SDG 8,200, while the sugar companies follow the forex rates, and have now set the price at SDG 8,350." (Radio Dabanga, 16. Jänner 2021)

• Radio Dabanga: More than 23,000 COVID-19 cases recorded in Sudan since start of pandemic, 20. Jänner 2021

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/more-than-23-000-covid-19-cases-recorded-in-sudan-since-start-of-pandemic>

„The General Directorate of Emergency and Epidemic Control of the Sudanese Ministry of Health announced the registration of 1,215 new coronavirus cases in the country between January 4-9. The total number of COVID-19 cases registered in the country since the start of the pandemic in the country in March last year reached 23,379.

In the period between January 4-9, new coronavirus cases were recorded in 15 of the 18 Sudanese states. Khartoum state registered 470 new patients, El Gezira 193, El Gedaref 111, and the White Nile state 98 cases. Saudi Arabia has sent 50 tons of medical supplies including respirators and medicines to Sudan to help confronting the COVID-19 pandemic, in addition to three tons of medicines for other diseases." (Radio Dabanga, 20. Jänner 2021)

Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN OCHA) ist das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten.

• UN OCHA – UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Sudan Situation Report, Last updated: 17 Jan 2021, 17. Jänner 2021 (verfügbar auf Reliefweb)

<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Situation%20Report%20-%20Sudan%20-%2017%20Jan%202021.pdf>

„As the inflation continues to soar across Sudan so do the prices for sorghum and wheat, the staple crops. The UN World Food Programme (WFP) says that the high food prices erode the purchasing power of thousands of vulnerable people. On 12 January, the Central Bureau of Statistics (CBS) said in its latest update that the inflation rate for December 2020 reached 269 per cent, compared to 254 per cent in November. CBS added that the average inflation for the year 2020 was 163 per cent compared to 51 per cent in the year 2019. Humanitarian partners report that the high inflation adds to operations as costs change between the planning and implementation. WFP's latest Market Monitor Report shows that in December 2020 prices for staple commodities continued to increase despite the ongoing harvest. Compared to December 2019, the cost of a food basket went up by 261 per cent, sorghum by 266 per cent, wheat by 209 per cent and the goat price by 316 per cent. The increase against the five-year average for the month of December was 777 per cent for sorghum and 1,000 per cent for groundnuts. The situation is expected to worsen as the value of the Sudanese currency deteriorates. The average food basket cost has increased steadily since the beginning of the year and the high food prices devalue the purchasing power. The Global Humanitarian Overview 2021 estimates that a total of 13.4 million people (over a quarter of the population) in Sudan are projected to need humanitarian assistance in 2021. This represents a 44 per cent increase from 2020 and the highest level in a decade. About 7.3 million people need emergency assistance for life-threatening needs, while 13 million people need humanitarian services because living standards are so low. The highest needs include health, water and sanitation, and food security." (UN OCHA, 17. Jänner 2021, S. 3)

• UN Security Council: Letter dated 10 January 2019 from the Panel of Experts on the Sudan established pursuant to resolution 1591 (2005) addressed to the President of the Security Council [S/2020/36], 14. Jänner 2020

https://www.ecoi.net/en/file/local/2023162/S_2020_36_E.pdf

„Darfuri communities have witnessed relative stability in some areas, prompting returns. In November, various sources, including local media, reported that 20,000 people had returned to five different villages in Tawilah and in Sortoni (North Darfur), where leaders of Arab nomads stated that they and internally displaced persons were cohabiting and resolving their differences peacefully. However, root causes of the Darfur conflict, including security threats, disputes over land ownership and competition for scarce resources, continued, impeding a significant number of returns of internally displaced persons in most areas of Darfur. Myriads of incidents between nomadic and agrarian communities accounted for the majority of deadly intercommunal clashes. In many incidents, internally displaced persons claiming legitimate ownership of their lands and trying to return to them were harassed, threatened, chased away and assaulted, and sometimes killed. Women and girls were sexually assaulted and raped.

This volatile environment has resulted in internally displaced persons and returnees being caught in the cyclical nature of 'exploratory' relocations to their original homes and hastened retreats in which individuals return to the camps or experience secondary displacements. For

communities of internally displaced persons faced with shrinking food rations and humanitarian support, the situation worsens their plight, as sources of income and livelihood are significantly affected. (UN Security Council, 14. Jänner 2020, S. 33)

UN Security Council: Special Report of the Chairperson of the African Union Commission and the Secretary-General of the United Nations on the African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur and a follow-on presence [S/2020/1115], 13. November 2020

https://www.ecoi.net/en/file/local/2041336/S_2020_1115_E.pdf

„Darfur, the most impoverished region in the country, is particularly affected by high inflation and a scarcity of fuel and other commodities.“ (UN Security Council, 13. November 2020, S. 1)

„Consultations with UNAMID, humanitarian partners and Sudanese experts on the ground provide further context to the intercommunal tensions in the past few years. To some extent, the arms collection campaign carried out by the Government in 2017 and 2018 improved the security situation in urban areas and led to the voluntary return of internally displaced persons. However, the return or resettlement was not sustained, as many returnees only visited farms for crop cultivation and harvesting, rather than staying on a permanent basis. Meanwhile, nomads also struggle with their seasonal migration practices, as demographic shifts, in particular shifts in population growth, displacement and urbanization, have changed their ecological needs, notably their need for access to water and forestry. Those factors are compounded by climate change. Some nomads have opted to resettle, including in places of origin of internally displaced populations. This has led to an increase in disputes over land with herder communities, which turned violent in 2019, as government security forces withdrew to Khartoum in response to the political developments in the capital.“ (UN Security Council, 13. November 2020, S. 6)

UN Security Council: Report of the Secretary-General on the situation in the Sudan and the activities of the United Nations Integrated Transition Assistance Mission in the Sudan [S/2020/1155], 1. Dezember 2020

https://www.ecoi.net/en/file/local/2041955/S_2020_1155_E.pdf

„The economic situation continued to deteriorate during the reporting period. Lockdowns due to the pandemic resulted in a severe decline in economic activity, a lowering of the gross domestic product and the loss of approximately 42 per cent of fiscal revenue. In urban areas, the pandemic also had a negative impact on the large informal economic sector, increasing the precarious situation of daily-wage earners, especially women, who grapple with poverty. Given its payment arrears, the Sudan has not been able to avail itself of debt relief. Combined with increased spending on emergency health programmes and a decline in public revenue, this has led to a budget deficit of approximately \$250 million per month. The annual inflation rate reached a record 212.29 per cent in September, from 166.83 per cent in August, driven by increased food and transport costs. On 10 September, the deteriorating economic climate led the authorities to announce a state of economic emergency. Demonstrations against the dire economic situation and related hardships continued throughout the reporting period. Given continuing queues for bread, fuel and cooking gas, the resistance committees announced the escalation of mass protests. Demonstrations took place in the states of Khartoum, Red Sea, Al-Gazira, Gedaref, Southern Kordofan, North Darfur, among others, with protesters demanding the dismissal of the Minister for Trade, whom they blamed for the shortages.“ (UN Security Council, 1. Dezember 2020, S. 5)

„Humanitarian needs continued to grow owing to the economic crisis, food insecurity, severe flooding, outbreaks of disease, intercommunal violence and prolonged displacement. A record number of people were in need of urgent humanitarian food and livelihood assistance from June to September 2020; an estimated 9.6 million people –21 per cent of the population –were at crisis levels of acute food insecurity or worse. Humanitarian access continued to improve as the transitional Government pursued its reform of the humanitarian framework in the Sudan. Humanitarian workers were able to access previously inaccessible areas under the control of armed groups in Darfur, Southern Kordofan and Blue Nile states.

Since the beginning of the year, over eight million people have received some form of assistance. Across the country, approximately 3.68 million people received humanitarian assistance between July and September 2020. A total of 2.5 million people received food and livelihood assistance; 1.44 million people received water, sanitation and hygiene assistance; 1.13 million people received education assistance; 708,000 people received health-care services; and 29,000 survivors of gender-based violence were provided with services. Children also received essential nutrition and protection support. [...]

Humanitarian assistance does not cover the 15.9 million people who have minimal adequate food consumption but are unable to afford some essential non-food expenditures without stress-coping strategies. The situation is likely to be exacerbated by the persistent macroeconomic crisis and reforms such as the lifting of fuel subsidies, which occurred at the end of October. On the other hand, the first round of financing was approved for the Sudan

Family Support Programme, targeted at 11,800,000 people in the states of Khartoum, Red Sea, South Darfur and Kassala. The Programme is expected to provide \$5 per person per month for six months. Net payments, which will be made to beneficiaries in the local currency, will depend on the exchange rate, which underscores the need for exchange rate reform." (UN Security Council, 1. Dezember 2020, S. 7-8)

Das World Food Programme (WFP) ist das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen.

WFP – World Food Programme: Sudan government and WFP sign agreement on Sudan family support programme, 30. Mai 2020

<https://www.wfp.org/news/sudan-government-and-wfp-sign-agreement-sudan-family-support-programme>

„The Government of Sudan and the United Nations World Food Programme (WFP) have signed a Memorandum of Understanding (MoU) to support the government's Family Support program that will provide Sudanese families direct cash transfers. [...]

Under the Sudan Family Support Programme, the Sudanese Government will provide direct cash transfers each month to support vulnerable families as part of its efforts to mitigate the effects of the ongoing economic difficulties. The multi-ministerial programme, led by the MoFEP [Ministry of Finance and Economic Planning], is expected to start in the second half of the year with financing from the Government of Sudan and partners. 'The Family Support Programme is one of the Transitional Government's greatest undertakings and will be a major dividend of the December Revolution. It will provide direct cash transfers to around 80 percent of Sudanese families to support them through the challenging economic circumstances currently facing Sudan,' Minister Elbadawi stated. The Government of Sudan estimates that 65 percent of the population live below the poverty line. The already dire food security situation is likely to worsen with the adverse socio-economic impacts of COVID-19, with the closure of nonessential businesses, coupled with rapidly rising food prices. 'The programme will be key to safeguarding people at risk of slipping into extreme poverty,' said Nuru. 'Our steady partnership with donors like United States Agency for International Development (USAID) and other donors, alongside technical partners like the World Bank is what enables us to provide critical assistance. We are grateful to have such generous partners.' (WFP, 30. Mai 2020)

ecoi.net summary:



Query response on Sudan:

Economic situation, especially of internally displaced persons and returnees; effects of the corona pandemic on the economic situation and the health system

Country:

Sudan

Source:

ACCORD – Austrian Centre for Country of Origin & Asylum Research and Documentation

Document type:

Response

Language:

German

Published:

27 January 2021

Document ID:

2045332

ecoi.net is run by the Austrian Red Cross (department ACCORD) in cooperation with Informationsverbund Asyl & Migration. ecoi.net is funded by the Asylum, Migration and Integration Fund, the Austrian Ministry of the Interior and Caritas Austria. ecoi.net is supported by ECRE & UNHCR.

